

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XX. Jahrgang, Nr. 10

Abgeschlossen am 15. Oktober 1947

Inhalt

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Vor neuen Entscheidungen im Preis-Lohn-Abkommen. — Bemühungen um eine wirksamere Preiskontrolle. — Geldüberhang verhindert Normalisierung der Wirtschaft. — Neuerlicher Anstieg des Notenumlaufes. — Der Bundesvoranschlag 1948. — Die Energielage. — Produktionsausfälle durch ungenügende Stromversorgung

Wiederaufleben des Welthandels seit Kriegsende

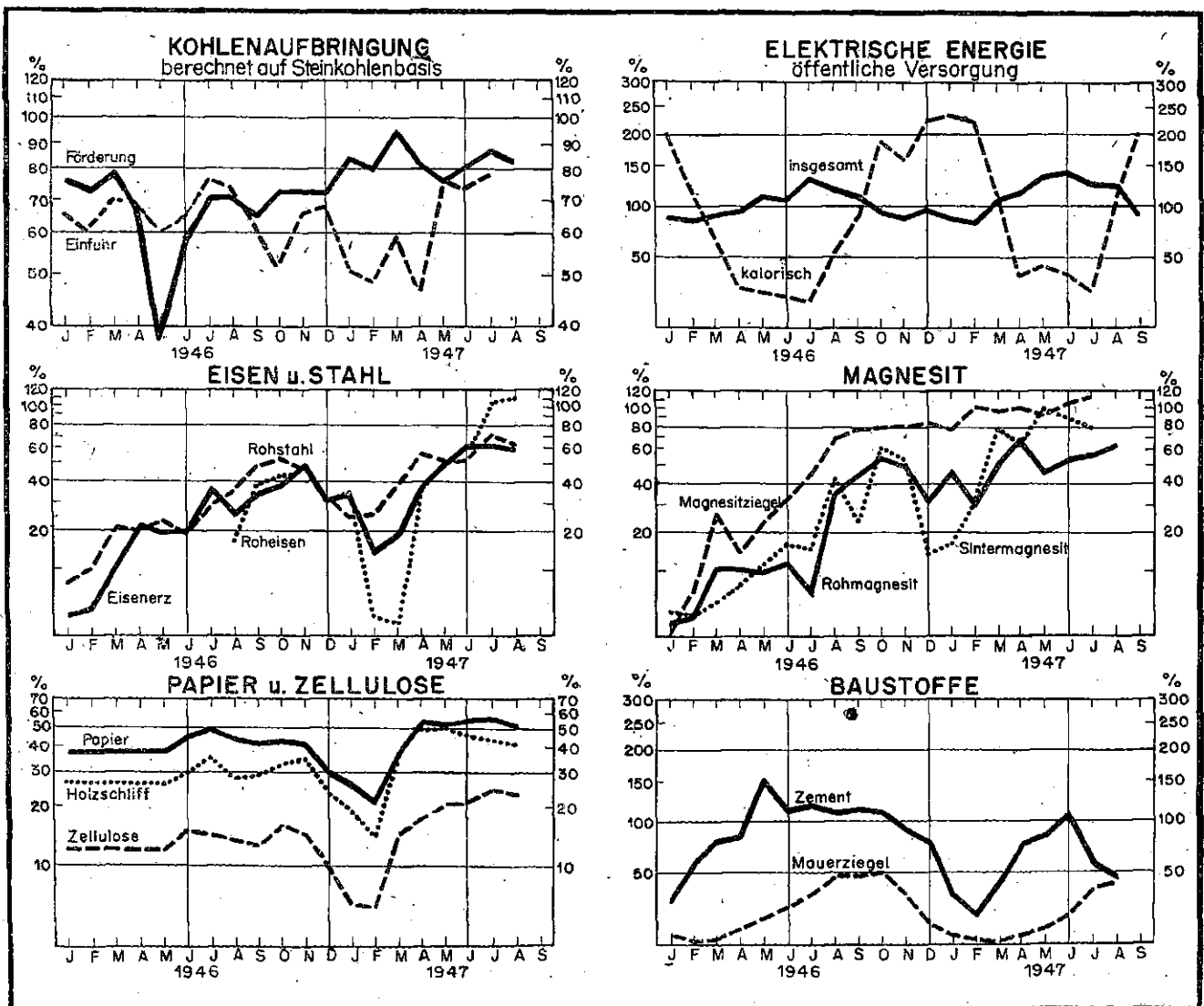
Anknüpfung internationaler Handelsbeziehungen unter neuen Voraussetzungen. — Ungleichmäßige Entwicklungen in Europa und Übersee. — Charakteristische regionale Veränderungen

Österreichische Wirtschaftszahlen

Internationale Wirtschaftszahlen

Zur Entwicklung der gewerblichen Produktion

(Logarithmischer Maßstab; Ø 1937 = 100)



Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Vor neuen Entscheidungen im Preis-Lohn-Abkommen

Die im Preis- und Lohnabkommen vom August vereinbarte dreimonatige Stillhaltefrist läuft Ende Oktober ab. Die Entscheidung über die Verlängerung des Abkommens und damit über die weitere Lohn- und Preisentwicklung liegt nun bei den Wirtschaftskammern. Sowohl die Arbeiterkammer bzw. der Gewerkschaftsbund als auch die Vertreter der Landwirtschaft haben in den vergangenen Wochen bereits mehrmals zur Preis-Lohn-Regelung Stellung genommen. Die Arbeiterschaft verlangt neben einer Verschärfung der Preiskontrolle und der Bewirtschaftung vor allem die Beseitigung des Geldüberhanges durch eine Währungsreform, während die Landwirtschaft angesichts der schlechten Ernte auf eine Erhöhung der offiziellen Agrarpreise oder auf eine Herabsetzung der Ablieferungskontingente dringt. Angesichts der Kompliziertheit der zu lösenden Probleme werden die neuen Einigungsverhandlungen der Kammern zweifellos schwierig sein.

Das Preis- und Lohnabkommen ist in letzter Zeit zum Teil heftig, aber nicht immer zutreffend kritisiert worden. An das Abkommen wurden offenbar Erwartungen geknüpft, die eine isoliert durchgeführte Preis- und Lohnregelung gar nicht erfüllen konnte. Wie bereits früher darauf hingewiesen wurde¹⁾, hatte das Preis- und Lohnabkommen zunächst nur die Aufgabe, die seit Frühjahr d. J. in eine heftige Bewegung geratene Lohn- und Preisspirale zum Stillstand zu bringen und gleichzeitig die Voraussetzungen zu schaffen für eine generelle Lösung der Währungs-, Lohn- und Preisverhältnisse. Im Rahmen dieses beschränkten Zieles aber war das Abkommen nicht ohne Erfolg.

Nach der Stabilisierung der Löhne und der landwirtschaftlichen Preise sind nach längerer Preisunsicherheit nun auch die Preise für gewerbliche Produkte weitgehend geklärt und bewegen sich im allgemeinen — einzelne Überschreitungen ausgenommen — durchaus im Rahmen der Vorausberechnungen. Für die gewerbliche Produktion ergibt sich damit der Vorteil, daß sie nun mit feststehenden Kalkulationsgrößen rechnen kann, ohne dauernde Verschiebungen der Kostenverhältnisse durch wechselseitige Preis- und Lohnerhöhungen befürchten zu müssen. Wenn sich dieser Umstand bisher noch nicht im vollen Umfange produktionsbelebend ausgewirkt hat und die Tendenz zur Warenhortung weiter anhält, so ist dies vor allem darauf zurück-

zuführen, daß die Befristung des Abkommens auf drei Monate sowie Gerüchte über bevorstehende Währungsmaßnahmen neue Unsicherheitsmomente geschaffen haben, die die spekulativen Tendenzen verstärken. Im übrigen würde eine Verlängerung des Stillhalteabkommens diese Mißstände zum Teil von selbst beseitigen, wenn sich die Hoffnungen auf weitere Preissteigerungen als Fehlspekulationen erweisen.

Auch die *Lebenshaltungskosten* haben sich nunmehr eingespielt und dürften für die Dauer des Preis- und Lohnabkommens keine wesentliche Veränderung mehr erfahren. Bis Mitte Oktober stiegen die Lebenshaltungskosten auf 349,2% (April 1945 = 100) und haben damit die Löhne um 14,5% überholt. Die stärkere Steigerung der Lebenshaltungskosten auf Grund der offiziellen Preise gegenüber den Löhnen bedeutet allerdings noch nicht zwingend, daß durch das Lohn- und Preisabkommen der Reallohn der Arbeiterschaft gesunken ist, da — wie aus der Haushaltsstatistik der Arbeiterkammer hervorgeht — auch der durchschnittliche Arbeiterhaushalt einen nicht unerheblichen Teil seiner Gesamtausgaben für Ankäufe auf dem schwarzen Markt verwendet, auf dem die Preise weit weniger gestiegen sind als die offiziellen Löhne. Immerhin hätte durch die 14,5%ige Überhöhung des Lebenshaltungskostenindex die Arbeiterkammer formell nach den Bestimmungen des Stillhalteabkommens, das eine maximale Überhöhung von 10% vorsieht, die Berechtigung zur Kündigung des Abkommens erhalten, wenn auch die Abweichung nicht groß ist und sich im Rahmen der unvermeidbaren Fehlergrenzen bewegt. Wenn dennoch die Vertreter der Arbeiterschaft zunächst am Lohn- und Preisabkommen festgehalten haben, so war hierbei wohl die Erkenntnis mitbestimmend, daß Lohnforderungen neuerlich die Lohn- und Preisspirale auslösen würden, womit der Arbeiterschaft am wenigsten geholfen wäre.

Bemühungen um eine wirksamere Preiskontrolle

Um die Preisentwicklung auf dem Gebiete der gewerblichen Wirtschaft in möglichst engen Grenzen zu halten, sind sowohl das Innenministerium als auch die Preisbeobachtungsstelle bemüht, die Preisprüfung und Preisüberwachung zu verschärfen und auszubauen. So hat das Innenministerium die Konsumenten aufgefordert, an der Preisüberwachung mitzuwirken, und als Strafen für Preisüberschreitun-

¹⁾ Siehe Monatsbericht Nr. 8 (August 1947), S. 175.

gen Betriebsstillegungen vorgesehen, während sich die Preisbeobachtungsstelle der Kammern vor allem die Aufgabe gestellt hat, die Preisentwicklung der nichtrationierten Konsumgüter des täglichen Bedarfes sowie der Reparaturen zu verfolgen.

Allerdings können unter den gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnissen durch eine strengere Preiskontrolle nur beschränkte Erfolge erzielt werden. So muß sich die Überprüfung der Preismeldungen der Unternehmer mit Ausnahme jener Fälle, wo die angegebenen Preiserhöhungen auf den ersten Blick unwahrscheinlich hoch erscheinen, darauf beschränken, die formale Richtigkeit der Preisermittlung zu kontrollieren. Darüber hinaus darf nicht vergessen werden, daß sich ein erheblicher Teil der Preise insbesondere im Einzelhandel einer Preisbildung und Preisüberwachung überhaupt entzieht. Es ist praktisch unmöglich, die Preiskontrolle für alle Güter des täglichen Bedarfes, die in einer Vielzahl von Kleinhandelsgeschäften und in den verschiedensten Qualitäten angeboten werden, effektiv zu gestalten. Diese Preise sind daher mehr oder weniger der freien Preisbildung überlassen und im allgemeinen stärker gestiegen als die kontrollierten Preise. So ergab eine Preiserhebung in einer Reihe von Wiener Kleinhandelsgeschäften, die die Preise von annähernd 100 verschiedenen nichtbewirtschafteten gewerblichen Konsumgütern erfaßte, daß die Preise für verschiedene kleinere Haushaltsgeräte im Durchschnitt bereits das Zwölfwache, für Lederwaren das Elfeinhalbfache und für Rauchrequisiten das Achtfache des Jahres 1937 (1 alter S = $\frac{2}{3}$ neuer S) erreicht haben. (Die Preise des „grauen Marktes“ hatten diese Höhe im wesentlichen allerdings bereits vor der Preis-Lohn-Regelung erreicht. Seit dem Abkommen sind die grauen Preise sogar verhältnismäßig weniger gestiegen als die amtlich genehmigten Preise.) Besonders die Preise der nichtbewirtschafteten gewerblichen Erzeugnisse des täglichen Bedarfes und die Entgelte für unentbehrliche Reparaturarbeiten, die sich ebenfalls einer Preisüberprüfung weitgehend entziehen, beeinflussen die Lebenshaltungskosten entscheidend und schmälern das Realeinkommen der Unselbständigen.

Geldüberhang verhindert Normalisierung der Wirtschaft

Die anhaltende Warenhortungstendenz, der beschränkte Erfolg der Preiskontrolle und zahlreiche andere volkswirtschaftliche Störungsmomente gehen im wesentlichen auf den nach wie vor bestehenden *Geldüberhang* zurück. Es wird immer deutlicher, daß unter den gegenwärtig in Österreich herrschenden Verhältnissen die Kontrolle des Wirtschafts-

lebens durch Bewirtschaftung, Preisüberwachung, Arbeitskräftelenkung, Produktions- und Außenhandelsplanung nur dann einigermaßen befriedigend funktionieren kann, wenn diese Maßnahmen durch die von einer knappen Gelddecke ausgelösten marktwirtschaftlichen Reaktionen wirksam unterstützt werden. Bei einer entsprechenden Geldverknappung könnte sich die direkte Lenkung der Wirtschaft auf die wichtigsten Gebiete konzentrieren und alle minder wichtigen Bereiche dem Marktmechanismus überlassen, ohne daß unerwünschte Preis- und Einkommensreaktionen eintreten würden. Dadurch würde die Wirtschaftspolitik nicht mehr mit der rein negativen Aufgabe, die schwebende Inflation zurückzudämmen, belastet sein — eine Aufgabe, die sie im übrigen nur sehr unvollkommen erfüllt —, sondern könnte sich konstruktiven Lenkungsaufgaben zuwenden. Die Erkenntnis, daß eine „zurückgestaute Inflation“ ungünstige Rückwirkungen auf die Arbeitsleistung, die Wirtschaftsmoral, die Verteilung der Produktionskräfte und die Ausrichtung der Produktion ausübt und dadurch die Normalisierung der Wirtschaft stark verzögert, hat in letzter Zeit eine Reihe anderer Länder, die keineswegs an einem übermäßigen Geldüberhang leiden, veranlaßt, Maßnahmen zur Verminderung des Inflationspotentials zu ergreifen. In England z. B. wird eine Einschränkung der überschüssigen Kaufkraft durch die Steuerpolitik (und ein aktives Budget) und in Frankreich durch eine Erhöhung des Diskontsatzes versucht. In Österreich würden diese indirekten Mittel bei weitem nicht ausreichen, den noch immer beträchtlichen Geldüberhang zu beseitigen. Das Geldvolumen kann bei uns praktisch nur durch eine Abschöpfung in ein normales Verhältnis zum wertmäßigen Produktionsvolumen gebracht werden¹⁾. Obwohl es augenblicklich nicht möglich ist, das Ausmaß des Geldüberhanges quantitativ genau zu bestimmen, weil es dazu eingehender Untersuchungen und der Berücksichtigung verschiedenster Faktoren bedürfte, so sprechen doch verschiedene Anzeichen deutlich für das Vorhandensein eines beträchtlichen Geldüberhanges. Die Finanzierung der immerhin beträchtlichen Preis- und Lohnerhöhungen im August z. B. vollzog sich vollkommen reibungslos und brachte die Wirtschaft oder die Kreditinstitute in keinerlei Liquiditätsschwierigkeiten. Auch die Tatsache, daß außer dem Rückgang einiger aus spekulativen Gründen weit vorgeprellter Preise weder Preissenkungstendenzen

¹⁾ Der Weg des Hineinwachsens der Preise in das bestehende Geldvolumen hätte neben volkswirtschaftlichen auch schwere soziale Nachteile.

noch Absatzstockungen eintraten, spricht für die vorhandene Geldfülle.

Gewiß ist eine Währungsreform unter den gegenwärtigen Verhältnissen keineswegs einfach. Es darf nicht erwartet werden, daß durch die bloße Reduzierung der umlaufenden Geldmenge alle Wirtschaftsprobleme mit einem Schlag gelöst würden. Abgesehen von den technischen Schwierigkeiten der Durchführung und den heiklen sozialen Fragen, die bei der Abschöpfung zu lösen sind, tauchen mit der Verknappung der Geldmenge eine Reihe neuer Probleme auf, wie die nichtinflationistische Finanzierung der Besatzungskosten und der lebenswichtigen Produktion, die Beseitigung der zu erwartenden Arbeitslosigkeit u. a. m. Die Währungsreform würde jedoch die Startbahn für eine konstruktive Wirtschaftspolitik schaffen, die allerdings auch weiterhin der bisherigen direkten Lenkungsmaßnahmen nicht entbehren könnte.

Neuerlicher Anstieg des Notenumlaufes

Der *Notenumlauf* ist im September um 225 Mill. S gestiegen und hat damit erstmalig die 6-Mrd.-Grenze überschritten. Diese Erhöhung kam überraschend, da der Notenumlauf in den ersten drei Wochen im September, wie immer nach der Ultimo-Beanspruchung am Monatsende, zurückging und erst Ende-September sprunghaft um 300 Mill. S in die Höhe schnellte. Auch in der ersten Oktoberwoche stieg der Notenumlauf weiter an und nahm erst Mitte Oktober wieder ab. Die Ursachen für diesen übermäßigen Anstieg lassen sich noch nicht genau erkennen, da erst die weitere Entwicklung abgewartet werden muß und die gleichzeitigen Veränderungen im Einlagenstand der Kreditinstitute noch nicht bekannt sind. Aus der nunmehr vorliegenden Bewegung der Einlagen bei den Kreditinstituten im August geht hervor, daß die Erhöhung des Notenumlaufes im August, wie zu erwarten war, auf Barabhebungen von freien Scheckkonten, die sich im August um 261 Mill. S verminderten, zurückzuführen war. Demgegenüber hielten sich die Bewegungen bei den Spareinlagen sowie bei den gesperrten Scheckeinlagen im Rahmen der bisherigen monatlichen Veränderungen.

Auffallend ist, daß sich die Abhebungen von *gesperrten* Spar- und Scheckeinlagen auch nach der Einschränkung der Abhebungsmöglichkeiten auf 150 S monatlich für sozial Bedürftige im März d. J. nicht vermindert haben. In den fünf Monaten vom April bis August wurden monatlich durchschnittlich rund 55 Mill. S von Sperrkonten abgehoben. Bei einer monatlichen Freigabe von 150 S pro

Person bedeutet dies, daß durchschnittlich fast 370.000 Personen von den begünstigten Sperrkonten-Abhebungen für Erwerbslose und sozial Bedürftige Gebrauch gemacht haben. Diese Zahl erscheint außerordentlich hoch, wenn man bedenkt, daß es durchschnittlich nur rund 50.000 Arbeitslose gab und der Kreis der sonstigen abhebungsberechtigten Sparer nicht übermäßig groß sein dürfte. Es ist daher anzunehmen, daß auch andere Personen, die nicht zu Abhebungen berechtigt sind, Beträge von ihren Sperrkonten beheben. Da Anfang Oktober die Freigrenze für Abhebungen zur Anpassung an die gestiegenen Preise auf 250 bzw. 350 S erhöht wurde, würden die monatlichen Abhebungen, bei gleicher Beanspruchung der Guthaben wie bisher, monatlich fast 100 Mill. S oder jährlich 1,2 Mrd. S erreichen. Dieser Betrag ist höher als die gesamten, im Budget 1948 vorgesehenen Aufwendungen für soziale Zwecke.

Der Bundesvoranschlag 1948¹⁾

Mitte Oktober wurde vom Finanzministerium der Bundesvoranschlag für das Jahr 1948 dem Parlament vorgelegt. Der neue Voranschlag gliedert sich wie bisher in eine laufende und eine außerordentliche Gebarung. Die Wertansätze sind infolge der erhöhten Preise bedeutend höher als für das Jahr 1947. In der laufenden Gebarung ergibt sich bei Einnahmen von 5.294,43 Mill. S und Ausgaben von 5.293,26 Mill. S ein Einnahmenüberschuß von 1,17 Mill. S. Für außerordentliche Aufwendungen und Investitionen (ohne Besatzungskosten und Ausgaben für Displaced Persons) sind 598,47 Mill. S vorgesehen. Das Gesamtdefizit beträgt demnach 597,3 Mill. S oder rund 10% der Gesamtausgaben gegenüber 527,2 Mill. S (15% der Gesamtausgaben) im Jahre 1947.

Die Energielage

Die *Kohlenversorgung* hat sich im September durch das Eintreffen amerikanischer Kohle und erhöhter Ruhrkohlenlieferungen weiter verbessert. Der Kohlenverteilungsplan erfaßte rund 473.000 t (Steinkohlenbasis); außerdem trafen rund 18.400 t Kohle aus Zusatzgeschäften ein, so daß der österreichischen Wirtschaft im September, nach Abzug des Kontingentes für die Besatzungstruppen, 459.000 t Kohle zur Verfügung standen. Damit wurde erstmalig die vorkriegsmäßige Kohlenversorgung (Monatsdurchschnitt 1937 455.000 t) überschritten.

¹⁾ Eine ausführliche Besprechung des Budgets und seiner wirtschaftlichen Bedeutung wird im nächsten Monatsbericht nachgeholt.

Diese günstige Entwicklung der Kohlenlieferung (der Kohlenplan für Oktober sieht eine weitere Steigerung auf 499.000 t vor) ermöglicht eine weit- aus bessere Belieferung der Verbrauchergruppen als im Herbst vergangenen Jahres, so daß die Gefahr einer Kohlenkrise in diesem Winter zunächst vermieden ist. Allerdings sind die ausländischen Kohlenlieferungen im bisherigen Umfang nur bis Ende Dezember gesichert. Um den weiteren Bezug polnischer Kohle ab Jänner 1948 bemüht sich zur Zeit eine österreichische Handelsdelegation in Polen. Die Verhandlungen werden sich allerdings schwierig gestalten, da keine amerikanischen Kredite zur Verfügung stehen und ein relativ großer Teil der Kohlenlieferungen durch österreichische Warenlieferungen kompensiert werden muß.

Trotz friedensmäßiger Kohlenversorgung werden jedoch auch in diesem Winter größere Betriebsstilllegungen und Produktionseinschränkungen unvermeidlich sein, da die *Versorgung mit elektrischer Energie* durch die weiter anhaltende Trockenheit zurückgeht. Die Leistung der Wasserkraftwerke erreichte im September mit 181 Mill. kWh nur noch 58% der Höchstleistung im Juli und blieb damit selbst hinter der ebenfalls durch Trockenheit beeinträchtigten Produktion im gleichen Monat des Vorjahres zurück. Dieser Rückgang konnte durch den verstärkten Einsatz von kalorischen Werken auch nicht annähernd ausgeglichen werden. Der gesamte Stromverbrauch war daher trotz starker Drosselung der Ausfuhr im September um 32 Mill. kWh geringer als im Juli, während der Strombedarf mit fortschreitender Jahreszeit zunimmt.

Das wachsende Mißverhältnis zwischen Strombedarf und Stromversorgung zwang zur Beibehaltung der bereits im August verfügbaren Stromsparmaßnahmen, die im Oktober sowohl für Haushalte als auch für Betriebe noch weiter verschärft wurden¹⁾. Um eine willkürliche Abschaltung von Betrieben zu vermeiden, wurde ein Abschaltplan entworfen, der die Industriebetriebe nach ihrer Dringlichkeit in vier Gruppen einteilt. Es ist vorgesehen, die Stromabschaltungen mit der Zuteilung von Kohle und Rohstoffen zu koordinieren. Man hofft, zumindest die Gruppe I und II ohne Abschaltung den ganzen Winter hindurch mit Strom beliefern zu können. Zur

¹⁾ Der Verbrauch für Haushalte (mit Gasversorgung) wurde von 1,2 auf 0,8 kWh täglich herabgesetzt. Gruppenweise erfolgten Notabschaltungen. In der Industrie wurden nunmehr auch die bisher von der Strombezugsgenehmigung ausgenommenen Betriebe mit einem Verbrauch über 1000 kWh der Bewilligungspflicht unterworfen.

Zeit sind die Gruppe IV ganz und die Gruppe III teilweise, zusammen rund 560 Betriebe abgeschaltet.

Der Rückgang der Stromerzeugung der Wasserkraftwerke im Herbst dieses Jahres ist so stark, daß die derzeitig betriebsfähige Kapazität²⁾ der kalorischen Anlagen selbst bei Vollbetrieb nicht ausreicht, diesen Ausfall wettzumachen. Entgegen der bisher vielfach vertretenen Auffassung, daß die ausreichende Versorgung mit elektrischer Energie in diesem Winter lediglich davon abhängt, ob genügend Kohle zur Stromerzeugung zur Verfügung gestellt wird, zeigt sich nun, daß eine Stromkrise in diesem Winter auch bei überreicher Kohlenversorgung aus Mangel an kalorischen Anlagen nicht vermieden werden kann. Daraus ergibt sich weiters die wichtige Schlußfolgerung, daß das Problem der österreichischen Energieversorgung nicht allein durch den weiteren Ausbau der Wasserkräfte gelöst werden kann — eine Tatsache, die bisher bei energiewirtschaftlichen Planungen nicht entsprechend berücksichtigt wurde³⁾. Die derzeitige durch Kriegsverluste beeinträchtigte Kapazität der kalorischen Anlagen reicht zwar aus, um bei normaler Leistung der Wasserkraftwerke den gegenwärtigen Strombedarf in den Wintermonaten zu decken. Es müssen jedoch unvermeidlich Verknapplungserscheinungen auftreten, wenn der Rückgang der Wasserkraftstromerzeugung infolge einer außergewöhnlichen Trockenheit besonders groß ist, oder wenn der Strombedarf mit zunehmender Elektrifizierung der Wirtschaft steigt. Es wird daher notwendig sein, neben dem Ausbau der Wasserkraftwerke auch die Kapazität der kalorischen Werke zu erhöhen, zumindest aber die durch den Krieg verlorenen Werke wieder zu ersetzen.

Produktionsausfälle durch ungenügende Stromversorgung

Die einschneidenden Stromsparmaßnahmen sowie die Totalabschaltung von 560 Betrieben haben bereits im September auf einigen Gebieten zu fühlbaren Produktionsrückschlägen geführt und die günstigen Auswirkungen der zufriedenstellenden Kohlenproduktion zum Teil wieder zunichte gemacht. So ging die *Rohstahlerzeugung* im August und September infolge Strommangels zurück, ob-

²⁾ Die auf Heizöl umgebaute kalorische Anlage in Wien-Engerthstraße steht zur Zeit aus Mangel an Heizöl still, während die Linzer Anlage, die allerdings zum Großteil den Stickstoffwerken zugute kommt, erst im November mit einer Kapazität von 60.000 kW betriebsfähig sein wird.

³⁾ So finden sich in den Entwürfen zum Marshallplan nur Projekte über den weiteren Ausbau der Wasserkraftwerke, ohne daß an eine Verstärkung der kalorischen Werke gedacht ist.

wohl die Roheisenproduktion weiter gesteigert werden konnte und im September bereits 119% der Friedensproduktion erreichte. Desgleichen sank die Produktion der *Gießereien* trotz ausreichender Versorgung mit Gießereiroheisen bereits im August von 4.000 auf 3.800 t. In der *Textilindustrie* stellen die Stromabschaltungen die termingerechte Erfüllung des Notprogrammes in Frage. Der durch die Stilllegung der Aluminiumwerke in Ranshofen entstandene Mangel an *Aluminium* wurde außerdem noch dadurch verschärft, daß auch die bestehenden Vorräte an Aluminium zur Deckung der Tonerschuld an Frankreich herangezogen werden mußten. Die durch die Stromknappheit verursachten Produktionsausfälle sind um so bedauerlicher, als durch Lieferungen im Rahmen des Pfundkredites, durch Überlassung englischer Werkzeugmaschinen sowie vor allem durch den 13-Millionen-Dollar-Kredit der Import- und Exportbank der österreichischen Industrie die Möglichkeit geboten wird, eine Reihe von Produktionsmittel- und Rohstoffengpässen zu überwinden und ihre Kapazität zu erweitern.

Vor besonderen Schwierigkeiten steht die *Papierindustrie*. Die Papierproduktion ist infolge Wassermangels und ungenügender Schleifholzanlieferungen im September stark zurückgegangen. Die im Rahmen der „Papier-Kohle-Umtauschaktion“ geschlagenen rund 640.000 Festmeter Holz liegen noch im Wald und stehen der Papierindustrie noch nicht zur Verfügung, da sich der Abtransport durch den Mangel an Transportmitteln verzögert. Andererseits muß aber die Papierindustrie bereits jetzt die Kohle für die zugestandenen Kohlenprämien in Kompensation

gegen Papierexporte einführen, da ein ausreichender Überbrückungskredit nicht erhältlich war. Bis Ende September wurden für die Pa-Ko-Aktion nur rund 59.000 t Steinkohle eingeführt, wovon nur 30.500 t der Hausbrandzuteilung zugute kamen, während zur Einlösung sämtlicher Kohlengutscheine rund 160.000 t Steinkohle notwendig wären. Die Papierindustrie ist daher bei rückläufiger Produktion gezwungen, zur Erfüllung der im Rahmen der Pa-Ko-Aktion sowie der laufenden Handelsverträge übernommenen Verpflichtungen große Papiermengen zu exportieren, so daß auf dem Inlandsmarkt neuerlich eine Papierkrise eintrat.

Für Oktober wurde ein Notprogramm aufgestellt, das die Erzeugung von 9.000 t Papier und Pappe (gegenüber rund 12.000 t in den Sommermonaten) vorsieht.

In der *Nahrungs- und Genußmittelindustrie* sind die für die Lebensmittelaufzucht arbeitenden Industrien gut beschäftigt, da sie bisher nicht von Stromabschaltungen betroffen wurden. Die Zuckerindustrie begann im Oktober mit der Zuckerkampagne. Die Rübenernte wird auf 2,8 Mill. q geschätzt und dürfte bei vollständiger Verarbeitung 35.000 bis 40.000 t Zucker (ein Viertel der Friedensproduktion) ergeben. Besonders ungünstig ist die Lage der Brauereien, da die schlechte Ernte eine Heranziehung der Gerste zur Brotgetreideversorgung erfordert und die Beschaffung von Hopfen aus der CSR am Devisenmangel scheitert. Es ist daher zu befürchten, daß die Brauereien, deren Produktion bereits im August und im September stark rückläufig war, stillgelegt werden müssen.